

Parlamentarischer Abend der DSF und des IFSH:

Sicherheit gestalten und Frieden mitdenken? Perspektiven auf eine Sicherheitspolitik im Umbruch

In einer Zeit tiefgreifender sicherheitspolitischer Umbrüche steht Deutschland vor der Herausforderung, die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik neu auszurichten. Welche Handlungsoptionen es dabei gibt, war eine der zentralen Fragen beim Parlamentarischen Abend der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) und dem Institut für Frieden und Sicherheit der Universität Hamburg (IFSH), der am 2. Dezember 2025 in den Räumlichkeiten der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft in Berlin stattfand.

Thomas Röwekamp, MdB, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses und Schirmherr eröffnete den Abend mit einem Überblick über die sicherheitspolitischen Herausforderungen, die derzeit die Agenda der Verhandlungen mit den europäischen Staaten bestimmen. Er machte zudem deutlich, dass es wichtig sei, bei den aktuellen politischen Debatten über die Notwendigkeiten, die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik zu stärken, auch die Gesellschaft einzubinden. Dieser Dialog sei wichtig, wie das Beispiel der neuen Friedensdenkschrift der evangelischen Kirche zeige. Dabei gehe es auch darum, friedenspolitische Perspektiven langfristig mitzudenken.

An diese Überlegungen knüpfte Prof. Dr. Ulrich Schneckener, Vorstandsvorsitzender der DSF und Moderator des Abends, in seinem Grußwort an. Der Austausch habe das Ziel, die enormen Probleme der transatlantischen, europäischen und deutschen Sicherheitspolitik ebenso zu diskutieren wie das latente Spannungsverhältnis von Sicherheit und Frieden. Der andauernde russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, der im Grunde schon 2014 begonnen habe, werde von fundamentalen Unsicherheiten im transatlantischen Verhältnis begleitet, die Europa vor völlig neue strategische Herausforderungen stelle. Die europäische Sicherheitspolitik sei zu einem zentralen Thema für die Friedens- und Konfliktforschung geworden, wie auch das 2025 erschienene Friedensgutachten deutlich mache. Wie die sicherheitspolitischen Neuausrichtung auch dazu beitragen könnten, die zukünftige Friedensordnung vorzubereiten, sei eine bislang offene Frage. Schneckener betonte, dass der parlamentarische Abend einen Anstoß geben solle, die Diskussion über kurz- und mittelfristige Erfordernisse für Sicherheit und Verteidigung mit längerfristigen friedenspolitischen Ordnungsvorstellungen verbinden.

Den Auftakt der Impulsbeiträge machte Dr. **Ulrich Kühn**, Leiter des Forschungsbereichs Rüstungskontrolle und Neue Technologien am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik. In seinem Beitrag zeichnete er ein differenziertes Lagebild des transatlantischen Verhältnisses und beleuchtete die nukleare, konventionelle sowie die ideelle Dimension der Sicherheitsbeziehungen zu den USA. Dabei unterstrich er, dass Europa weiterhin in hohem Maße auf die Vereinigten Staaten angewiesen ist, und stellte zugleich die Frage, wie die Beziehungen zwischen den bisherigen Bündnispartnern künftig auf eine neue Grundlage gestellt werden können.

Im Anschluss sprach Dr. **Jana Puglierin**, Leiterin des Berliner Büros des European Council on Foreign Relations (ECFR). Sie machte deutlich, dass weltweit eine klare Entwicklung hin zu Großmachtpolitik zu erkennen sei. Dies treffe auch auf die USA zu. Europa müsse darauf reagieren, unter anderem durch Risikominimierung, vertrauensbildende Maßnahmen und indem neue deutsche Stärke konsequent in eine gemeinsame europäische Stärke eingebettet werde. Dabei sei es besonders wichtig, die Erwartungen und auch die Sorgen anderer

europäischer Staaten gegenüber einem sicherheitspolitisch erstarkten Deutschland mitzudenken.

Die Projektbereichsleiterin Militärsoziologie am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) in Potsdam Dr. **Nina Leonhard**, richtete den Blick auf die gesellschaftlichen Einstellungen zu Fragen von Sicherheit und Verteidigung. Auf Basis der jährlichen ZMSBw-Bevölkerungsumfrage zeigte sie, dass rund die Hälfte der Bevölkerung eine Wiedereinführung des Wehrdienstes für notwendig hält, zugleich aber insbesondere jüngere Befragte (16–29 Jahre) sich hinsichtlich möglicher Einschränkungen ihrer Freiheitsrechte besorgt zeigen. Entscheidend sei jedoch, so Leonhard, klar zu vermitteln, was sicherheitspolitisch auf dem Spiel stehe, wenn Deutschland nicht verteidigungsfähig werde. Hierbei gehe es um die Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz wie auch um die Bereitschaft, für die freiheitlichen Werte einzustehen.

Im Anschluss fand eine lebhafte Diskussion über die in den Impulsbeiträgen aufgeworfenen Fragen statt.

